

# Beantwortung Wahlprüfsteine

**Bund Deutscher Kriminalbeamter e.V. vom 30. Juni 2024**

*Wir vertreten als Bund Deutscher Kriminalbeamter die Interessen der Angehörigen der Kriminalpolizei und der mit der polizeilichen Kriminalitätsbekämpfung befassten Kolleginnen und Kollegen. Als anerkannte Gewerkschaft widmen wir uns als Ansprechpartner für unsere Mitglieder sowie als Fachverband beständig der Verbesserung und Fortentwicklung der für eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung erforderlichen Rahmenbedingungen.*

*Dazu entfalten wir ständig eine hohe Wirksamkeit im politischen und öffentlichen Spektrum und gegenüber der Polizeiführung. Der BDK steht für eine moderne Sicherheitsarchitektur.*

*Am 1. September 2024 wird im Freistaat Sachsen ein neuer Landtag gewählt. Dazu werden die etwa vier Millionen Einwohner des Freistaates Sachsen aufgerufen von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Top-Themen der in den Wahlkampf startenden Parteien sollten sich nach den Bedürfnissen und Meinungen, welche der Bevölkerung am Herzen liegen, richten.*

*Das Bedürfnis nach Sicherheit ist ein Grundbedürfnis eines jeden Menschen. Die Leistung der Polizei vor Ort, die Senkung des Kriminalitätsaufkommens sowie die Wahrung der Bürgernähe sind wesentliche Bewertungsfaktoren der Bürgerinnen und Bürger für das Sicherheitsgefühl.*

*Vor diesem Hintergrund ist der Vorstand des BDK-Landesverbandes Sachsen daran interessiert, stellvertretend für unsere Mitglieder, auf ausgewählte Fragen entsprechende Antworten durch die zur Wahl stehenden Parteien zu erhalten:*

1. Worin besteht Ihrer Meinung nach Optimierungsbedarf in der Sicherheitsarchitektur im Freistaat Sachsen?

Die Menschen in Sachsen sollen auch in Zukunft in Stadt und Land sicher leben. Dafür braucht es verlässliche Strukturen. Das beginnt bei der Polizei, der die Bürger:innen vertrauen können müssen. Wir wollen sie modern und gut ausstatten. Hierfür nehmen wir vor allem die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in den Blick. Wir werden Ausbildung und Studium bei der Polizei modernisieren und die Qualität weiter steigern. Seit die SPD in Regierungsverantwortung ist, werden wieder mehr Menschen bei der Polizei ausgebildet. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und dazu auch europäische Bewerber:innen ansprechen, denn gerade in den Grenzregionen und in der Fläche braucht es eine wahrnehmbare Polizei und gut ausgebildete Bürgerpolizist:innen.

Die sächsische Polizei ist auch sichtbarer Rechtsstaat. Deshalb wollen wir ihre Rolle und ihre Verantwortung im Rahmen der Maßnahmen des Gesamtkonzepts gegen Rechtsextremismus stärken und weiter fortschreiben. Es braucht mehr Zusammenarbeit zwischen Polizei, Kommunen bzw. Kommunalen Behörden und dem Landesamt für Verfassungsschutz, um rechtsextreme Strukturen zu zerschlagen und Verfassungsfeinde zu entwapfen. Sich ständig erneuernden Kriminalitätsbereichen wie Cybercrime werden wir mit der Fortsetzung spezialisierter Ausbildung und Fortbildung sowie Stärkung der polizeilichen Forschung begegnen.

2. Welchen Stellenwert besitzt das Erfordernis zum Personalaufwuchs sowie die Förderung und Modernisierung der finanziellen, technischen und materiellen Ausstattung der sächsischen Polizei für Sie in der kommenden Legislaturperiode?

Seit 2014 haben wir als SPD den Personalabbau gestoppt und wieder Investitionen in die sächsliche Ausstattung sowie Polizeistandorte gebracht. Wir haben die Stellenzahl für die Polizei an deren Aufgaben orientiert und so für mehr Personal gesorgt. Künftig soll eine solche Aufgabenanalyse laufend erfolgen, damit sich ein Sicherheitsabbau, wie er vor zehn Jahren unter schwarz-gelber Regierung geschah, nicht wiederholt. Dazu gehört auch die Fortschreibung der Evaluation des Personalbedarfs wie zuletzt durch die Fachkommissionen Polizei, unter Beteiligung der Personalvertretung und Gewerkschaften. Damit wir den aufgabenorientierten Personalbedarf auch decken können, werden wir uns für europaweite Anwerbekampagnen und eine spezielle Ausbildungsklasse einsetzen. Ziel muss es sein, dass die Gesamtheit der Einstellungen auch den Polizeidienst antritt. Aus- und Fortbildung sowie Studium wollen wir weiter modernisieren und die Qualität durch eine stärkere wissenschaftliche Basis erhöhen. Polizeistandorte und Ausbildungsstätten werden wir weiter sanieren. Dazu gehört für uns, alle bisherigen Ausbildungsstandorte zu erhalten und baulich zu ertüchtigen. Wir sorgen für eine moderne sächsliche wie insbesondere technische Ausstattung.

3. Wie stehen Sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung im Hinblick auf die steigenden Zahlen im Bereich Cybercrime und welche Möglichkeiten sehen Sie Quereinsteigenden zu attraktiven Konditionen einzustellen bzw. deren Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Polizei?

Cyberkriminalität, d.h. zahlreiche und unterschiedliche Deliktsfelder, bei denen u.a. das Internet verwendet werden oder die IT-Systeme zum Ziel haben, stellt unsere Gesellschaft vor stetig neue Herausforderungen. Die bisherige Digitalstrategie der Polizei muss daher ausgebaut werden, mit Blick auf die Polizeiarbeit in diesem Kriminalitätsfeld. Die spezialisierte Ausbildung der Cyber-Cops werden wir fortsetzen, erlangte Fachexpertise (insbesondere im SN4C) langfristig halten und im Bereich der Hasskriminalität im Netz auf weitere Sensibilisierung der Polizeireviere vor Ort setzen.

Die Ausstattung und Austauscharbeit des SN4C werden wir weiterentwickeln, denn davon profitiert die Polizeiarbeit im gesamten Freistaat.

Die Polizei konkurriert im Cyberbereich mit der Wirtschaft um versierte Fachkräfte. Bisherige Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Polizeiberufs kommen auch Anwerbungen dieser umworbene Fachkräfte zu Gute, wie die Einführung einer pauschalen Beihilfe zur gesetzlichen Krankenversicherung. Als SPD haben wir uns dafür eingesetzt, dass es in Sachsen künftig zu einer grundlegenden Reform des Besoldungssystems kommen wird, in deren Rahmen wir uns für eine angemessene Besoldung guter Polizeiarbeit, gerade auch im IT-Bereich und attraktiv für Fachexpert:innen IT, einsetzen werden. Dazu gehört auch, dass wir für besonders belastende Tätigkeiten (bspw. im KiPo-Bereich, der oftmals Überschneidungen zum Cybercrime hat) besondere Besoldungsinstrumente einführen werden. Wir werden uns für eine spezielle Anwerbekampagne einsetzen.

4. Welche Mittel und Möglichkeiten sehen Sie, die konsequente Bekämpfung des politischen Extremismus, organisierte Kriminalität sowie der kapitalen schweren Straftaten wirksamer zu gestalten?

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist zentral, wenn es um die Sicherheit in Sachsen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes geht. Mit Demokratiefeindlichkeit und gruppenbezogenem Hass werden wir uns als SPD nicht abfinden. Gesellschaft und Staat müssen solche Gefahren aktiv bekämpfen. Wir stehen dazu, dass Straftaten konsequent verfolgt werden. Die Zentrale Meldestelle für Hasskriminalität im Internet wollen wir als Kontaktstelle für Amts- und Mandatsträger:innen ausbauen und auch anonymisierte Meldungen ermöglichen.

Politischer Extremismus und Organisierte Kriminalität haben sie prägende Überschneidungen. Es braucht hier eine angemessene Personal- und sächliche Ausstattung. Sonderarbeitsgruppen innerhalb der Polizei zu speziellen Phänomenbereichen legen wir in die Entscheidung polizeifachlicher Bewertung. Nach dem Konzept "Follow the money" werden wir die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Finanzbehörden, Kommunen und dem Landesamt für Verfassungsschutz stärken, um völkische Siedlungsprojekte, Immobilienkäufe und szenetypische (Musik-)Veranstaltungen als strukturenverstärkende Säulen zu zerschlagen. Dafür setzen wir auch auf mehr Einbindung zivilgesellschaftlicher Expertise (vor Ort), die den Sicherheitsbehörden relevantes Wissen zur Verfügung stellen kann. Radikalisierungsprävention und Aussteigerprojekte wollen wir auch künftig fördern, hierfür stärken wir die Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA).

5. Welche Bestrebungen hat Ihre Partei zur Förderung einer besseren länderübergreifenden Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung für die nächste Legislaturperiode?

Anhand der Bedeutung des bestehenden Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit in der Ermittlungsarbeit mit anderen Länderpolizeien und der Bundespolizei sehen wir als SPD es als selbstverständlich an, dass Sachsen weiterhin eng mit anderen kooperiert und dafür die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen bestehen. Die "Sicherheitskooperation Ost" werden wir ausbauen und setzen uns für regelmäßige Austauschformate der Polizeien ein. Auch im Bereich Prävention stehen wir für eine länderübergreifende Zusammenarbeit.

6. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung auf EU-Ebene?

Sachsen liegt im Herzen Europas und deshalb hat für uns die internationale, vor allem europäische Kriminalitätsbekämpfung einen großen Stellenwert. Die bereits existierende Zusammenarbeit zwischen den Polizeibediensteten Sachsens, Polens und Tschechiens wollen wir verstärken und mittels gemeinsamer Revierprojekte und Austauschformate ausbauen. Der Austausch soll in Aus- und Fortbildung ebenso mehr Raum bekommen, indem wir Erasmus+ für Ausbildung und Studium sowie ähnliche Formate in der Fortbildung einführen. Sprachkompetenzen sollen durch entsprechende Angebote gestärkt werden und die Diversität der sächsischen Polizei durch mitteleuropäische Anwerbung ausgebaut werden. EUROPOL und auch das PTAZ wollen wir für eine europaweite Kriminalitätsbekämpfung weiterentwickeln. Ähnlich zur europäischen Staatsanwaltschaft setzen wir uns für die europäische Institutionalisierung im polizeilichen Bereich ein.

7. Welche Anforderungen sollen Ihrer Meinung nach eine verwendungsorientierte und modular angelegte Ausbildung und Spezialisierung in die derzeitige an- und bevorstehende Hochschulreform inkludiert sein?

Die Anforderungen an gute Polizeiarbeit unterliegen gesellschaftlicher Entwicklung und Krisen sowie neue Phänomenbereiche haben darauf einen enormen Einfluss. Die Ausbildung und Fortbildung werden damit nicht nur von polizei-technisch-fachlichen Kompetenzen bestimmt, sondern auch durch gesellschaftspolitischen, sozialen, kriminologischen, rechtlichen und psychologischen Wissenserwerb. Durch die Fachhochschule der Polizei Sachsen und die dazugehörigen Polizeifachschulen werden die künftigen Fach- und Führungskräfte der sächsischen Behörden aus- und fortgebildet. Damit diese Qualifikation für die Bediensteten auch zu bewältigen ist, braucht es Reflektion über die Lehrinhalte seitens des Dienstherrn und der Hochschule.

Die Qualität der Lehre und Forschung bauen wir unter diesen sich ständig aktualisierenden Anforderungen aus und sorgen für eine angemessene Ausstattung der Standorte. Für die SPD setzt dies voraus, dass sowohl professorale Stellenbesetzungen als auch polizeiliches Lehrpersonal

gewonnen und gehalten wird und dass die bestehenden Ausbildungsstandorte ertüchtigt werden. Die Hochschule der Polizei unterstützen wir bei ihrer Reform und Fortentwicklung und setzen uns in Anerkennung der staatsnahen Ausbildung für die für eine moderne Polizeiarbeit ebenso wichtige Wissenschaftsfreiheit ein.

8. Worin sollen Ihrer Meinung nach Maßnahmen und Projekte auf kommunaler Ebene bestehen, die geeignet sind, das Begehen von Straftaten zu vermindern, Zivilcourage zu fördern und damit das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung zu verbessern?

In den letzten Jahren ist die Kriminalität im Freistaat Sachsen weiter gesunken. Dem dennoch vorhandenen Unsicherheitsgefühl und der Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung wollen wir mit einer deutlich sichtbaren Präsenz der Landespolizei, Präventionsprogrammen von Freistaat und Kommunen sowie der Bereitstellung aussagekräftiger Informationen und phänomenspeziellen Kampagnen begegnen. Für eine evidenzbasierte Diskussionsgrundlage setzen wir den sächsischen Periodischen Sicherheitsbericht fort. Auch die Programme für kommunale Kriminalprävention und Sicherheitskooperationen führen wir weiter. Die Zahl der Bürgerpolizist:innen wollen wir erhöhen. Schließlich setzen wir uns für eine starke Zivilgesellschaft ein, die Haltung zeigt und von kommunalen wie polizeilichen Akteuren als Partner auf Augenhöhe und mit wichtiger Expertise verstanden wird.

9. Wie unterstützen Sie die Herausforderungen der Sicherheitsbehörden sowie die Unsicherheit der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Einführung der Bundesregierung zum kontrollierten Umgang mit Cannabis?

Die SPD hat sich im Bund für die Legalisierung von Cannabis stark gemacht und auch in Sachsen sind wir davon überzeugt, dass die Prohibition keinen Erfolg hatte. Die rechtliche Neuregelung steht in der Praxis noch am Anfang und gerade weil einige Fragen noch offen sind, werden wir uns dafür einsetzen, dass die neuen Aufgaben durch die Sicherheitsbehörden bewältigbar sind und die Menschen in Sachsen auf diese Entscheidung vertrauen können. Abstandsgebote zu Orten mit schutzbedürftigen Gruppen können digitalisiert erfasst und die Handhabung des Cannabisgesetz durch ein zügig aufzustellendes und breites Schulungsangebot rechtssicher gewährleistet werden. Als SPD stehen wir weiterhin für die Stärkung der Einrichtungen der Suchtprävention und Suchthilfe. Wichtig sind uns dabei schnelle und zuverlässige Hilfesysteme für betroffene Jugendliche und Kinder. Cannabis muss unter staatliche Kontrolle gebracht werden, denn so werden wirksame Prävention und der Kampf gegen den Schwarzmarkt möglich.

10. Für Tarifbeschäftigte in der Kriminalpolizei bestehen aus tarifrechtlichen Gründen selten oder keine Weiterentwicklungsmöglichkeiten. Beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte zu schaffen?

Mit Blick auf den demografischen Wandel in Sachsen gilt es, ausreichendes Bewerber:innenpotential für eine aufgabenorientierte Personalausstattung zu gewinnen. Dies erreichen wir durch gute Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Dienststellen und gerechte Tariflöhne, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und das aktive Anwerben von Arbeitskräften aus dem In- und Ausland. Zugleich müssen wir innovative Wege gehen, um mit weniger Arbeitskräften auszukommen. Dabei spielen Aufgabenkritik und Digitalisierung eine wichtige Rolle.

Wir wollen die Tarifbeschäftigten halten, denn wir brauchen sie. Wie das in den unterschiedlichen Bereichen der Polizei Sachsen am besten geht, werden wir in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften und Personalräten beraten. Auch im Tarifbereich sind Weiterentwicklungen möglich, darüber hinaus bemisst sich die Attraktivität von Beschäftigungsverhältnissen häufig auch daran, wie beschäftigtenorientiert geführt wird und welche individuellen Möglichkeiten die Beschäftigten zur flexiblen und eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer Tätigkeit erhalten. Als SPD unterstützen wir dabei Personalräte und Gewerkschaften, die auch in Sachsen mit ihrem Kampf für gute Arbeit schon viel erreicht haben.